Umweltamt

-Immissionsschutz-

Az.: 67/3-566.0010/24/1.6.2

Öffentliche Bekanntmachung eines immissionsschutzrechtlichen Vorbescheides aufgrund von § 10 Abs. 9 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) i.V.m. § 10 Abs. 7 und 8 BImSchG

Der Kreis Steinfurt, Tecklenburger Str. 10, 48565 Steinfurt hat für die Firma Bürgerwind Greven GmbH & Co. KG, Flothdamm 15, 48268 Greven mit Datum vom 16.12.2024 einen immissionsschutzrechtlichen Vorbescheid mit folgendem verfügendem Teil erteilt:

„Aufgrund Ihres Antrags vom 17.10.2024 bescheide ich hiermit gemäß § 9 Abs. 1a des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) i. V. m. § 1 und der Ziffer 1.6.2 des Anhangs 1 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV) über einzelne Genehmigungsvoraussetzungen für die Errichtung und den Betrieb von acht Windenergieanlagen (WEA) auf den Grundstücken in 48268 Greven, Gemarkung Greven, Flur 94, Flurstück 19 (WEA 1), Flur 94, Flurstück 23 (WEA 2), Flur 94, Flurstück 51 (WEA 3), Flur 93, Flurstücke 42 und 43 (WEA 4), Flur 93, Flurstück 32 (WEA 5), Flur 84, Flurstück 41 (WEA 9), Flur 87, Flurstück 12 (WEA 10) und Flur 85, Flurstück 33 (WEA 11) wie folgt:

1. Bei dem Vorhaben handelt es sich um ein gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 5 Baugesetzbuch (BauGB) bauplanungsrechtlich privilegiertes Vorhaben im Außenbereich der Stadt Greven.
2. Das Vorhaben widerspricht nicht den Darstellungen des Flächennutzungsplanes der Stadt Greven. Die Vereinbarkeit mit den Darstellungen des Flächennutzungsplanes gemäß § 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 ist gegeben. Dies gilt auch im Hinblick auf § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB.
3. Das Vorhaben ist unter Beachtung der diesem Bescheid beigefügten Nebenbestimmungen und Hinweise sowie der in diesem Tenor enthaltenen Regelung zur BNK luftverkehrsrechtlich zulässig.
4. Gemäß § 26 Abs. 3 Satz 4 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) ist das Vorhaben mit den Landschaftsschutzgebieten „Oberer Eltingmühlenbach“ und „Gellenbach - Gertrudensee“ des Landschaftsplans Grevenener Sande vereinbar.

Die gemäß § 14 Abs. 1 und § 18a des Luftverkehrsgesetzes (LuftVG) erforderliche Zustimmung der Bezirksregierung Münster wurde mit Schreiben vom 11.07.2024, Az.: 26.10.01-050/2024.0194 Nr. 209-24 erteilt. Sie gilt bezüglich bedarfsgerechter Nacht-kennzeichnungen (BNK) mit folgender Maßgabe: Die Errichtung einer BNK ist nur zulässig, wenn der Wirkraum auf 10 km erweitert wird.

Der Vorbescheid ergeht auf der Grundlage der mit Anlagestempel gekennzeichneten Antragsunterlagen, soweit in den nachfolgenden Nebenbestimmungen nichts Abweichendes bestimmt ist.

Die Antragsunterlagen sind Bestandteil dieses Vorbescheids.

Hinweis:

Gemäß § 9 Abs. 2 BImSchG wird dieser Vorbescheid unwirksam, wenn der Antragsteller nicht innerhalb von zwei Jahren nach Eintritt der Unanfechtbarkeit die Genehmigung beantragt; die Frist kann auf Antrag bis auf vier Jahre verlängert werden.“

Der Vorbescheid beinhaltet insbesondere Nebenbestimmungen im Hinblick auf die luftverkehrsrechtliche Zulässigkeit des Vorhabens

Es ergeht folgende **Rechtsbehelfsbelehrung** gegenüber Dritten, die keine Einwendungen erhoben haben:

„Gegen den Vorbescheid vom 16.12.2024, Az.: 67/3-566.0010/24/1.6.2 können Sie innerhalb eines Monats Klage beim Oberverwaltungsgericht Münster erheben.“

Der Vorbescheid und seine Begründung werden ab dem 25.03.2025 bis zum Ablauf des 07.04.2025 auf dem zentralen UVP-Internetportal unter der Adresse www.uvp-verbund.de elektronisch bekannt gegeben. Über diesen Weg sind der Vorbescheid und seine Begründung elektronisch einsehbar. Gleiches gilt bezüglich der Internetadresse https://www.kreis-steinfurt.de/kv_steinfurt/Aktuelles/Bekanntmachungen/. Eine Abschrift des Vorbescheids und seiner Begründung kann ab dem 25.03.2025 bis zum Ablauf der Klagefrist beim Umweltamt des Kreises Steinfurt, Tecklenburger Straße 10, 48565 Steinfurt angefordert werden.

Sollten Sie über keinen Internetzugang verfügen, wenden Sie sich bitte innerhalb der Auslegungsfrist (25.03.2025 bis zum Ablauf des 07.04.2025) unter der Telefonnummer 02551/ 69-1413 oder 69-1456 an den Kreis Steinfurt, um für Sie eine individuelle Lösung bezüglich der Einsichtnahme in den Vorbescheid und seine Begründung zu finden.

Mit dem Ende der Auslegungsfrist gilt der Vorbescheid gemäß § 10 Abs. 8 und 9 BImSchG gegenüber Personen, die keine Einwendungen erhoben haben, als zugestellt.

Kreis Steinfurt - Umweltamt - Immissionsschutz

Steinfurt, den 17.03.2025

Az.: 566.0010/24/1.6.2

Im Auftrag

Gez.

Marcel Schwarte